

F Dringlichkeits- und Initiativanträge

F.3 Resolution der LINKEN Sachsen „Für eine starke öffentliche Hand“

Beschluss des 5. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen vom 13. November 2010

Beschluss:

Der Landesparteitag beschließt die nachfolgende Resolution und fordert sowohl die Landespartei als auch die Landtagsfraktion der sächsischen LINKEN auf, ihre zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um die aufgeführten Forderungen öffentlich zu machen und umzusetzen.

Resolution: Für eine starke öffentliche Hand!

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Dieser Reichtum ist jedoch nicht nur ungleich, sondern vor allem ungerecht verteilt. Massenarbeitslosigkeit und die neoliberalen Politikansätze der „Agenda 2010“ haben zu einer massiven Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben geführt. Gleichzeitig hat diese Politik die öffentliche Hand an den Rand des Ruins getrieben und nahezu handlungsunfähig gemacht. Steuersenkungs-Ideologien wurden zur dogmatischen Grundlage des Handelns von Regierungen in Bund und Ländern, von SPD und Grünen bis hin zu CDU und FDP.

Darüber hinaus wurden staatliche Banken, wie auch die Sächsische Landesbank, zu Mitverursachern der weltweiten Finanzkrise. In blindem Glauben an die Allmacht des Marktes versagten die politisch Verantwortlichen in ihren Pflichten, die sächsische Landesregierung und insbesondere die sächsische CDU tragen Mitschuld an den milliardenschweren Risiken, die den SteuerzahlerInnen als Hauptleidtragenden aufgebürdet wurden. Damit wurden allein in Sachsen bisher schon eine Milliarde Euro und in den kommenden Jahren weitere hunderte Millionen Euro den öffentlichen Haushalten entzogen. Im gleichen Atemzug betreibt die sächsische Landesregierung einen beschleunigten Personalabbau mit der perfiden Begründung, dass die Kassen leer seien.

Wir lehnen es ab, dass die Personalkosten im öffentlichen Dienst zur Ursache der Krise der öffentlichen Kassen erklärt werden und damit die Resultate neoliberaler Politik verschleiert werden. DIE LINKE Sachsen erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und wendet sich gegen die Abbau- und Kürzungspläne der Landesregierung.

Der in diesem Zusammenhang ebenso geplante Kahlschlag im Bereich der öffentlichen Infrastruktur vor allem in den Bereichen der kommunalen Aufgaben, des Sozialen, der Bildung und der Jugendarbeit gefährdet den sozialen Zusammenhalt auf grundsätzliche Art und Weise. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit zahlreicher weiterer und neuer Aufgaben, die die gesellschaftliche Entwicklung erfordert, vollkommen ignoriert. Darunter fallen unter anderem die qualitativen Verbesserungen im Bildungsbereich, in der SeniorInnenbetreuung und des menschenwürdigen Lebens aller Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten.

Deshalb fordern wir:

1. Eine Umkehr in der Steuerpolitik mit dem Schwerpunkt, Großverdiener, Vermögende und finanzstarke Unternehmen wieder deutlich stärker zur Finanzierung der öffentlichen Kassen heranzuziehen.
2. Zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit muss der Bund stärker an den Kosten der Unterkunft und der Grundsicherung im Alter beteiligt werden sowie die Gewerbesteuer erhalten und zur Gemeindefinanzierung weiterentwickelt werden.
3. Die Abschaffung der Schuldenbremse, die die Finanzierung von nachhaltigen Investitionen

dauerhaft schwächt bzw. verhindert.

4. Eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, den von und in dieser Gesellschaft Benachteiligten und an den Rand Gedrängten ein Leben in Menschenwürde und damit die Möglichkeit der freien Entfaltung des Einzelnen als Grundlage der freien Entfaltung aller zu garantieren.

Wir erwarten von unserer Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, dass sie im Rahmen der laufenden Haushaltsdebatte die bestehenden politischen Alternativen deutlich macht.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: X

f.d.R.

Schkeuditz, 13. November 2010

Tagungspräsidium:

Rico Gebhardt

Antrags- und Redaktionskommission:

Stefanie Götze

Thomas Kind
